

«Die SVP hat sich in wichtigen Fragen radikalisiert»

FDP-Präsident Philipp Müller erklärt, wieso ein Zusammenspannen mit der Volkspartei bei den nächsten Wahlen nicht infrage kommt und wieso ein «Liberalismus blocherscher Prägung» einen Widerspruch in sich darstellt

NZZ am Sonntag: Die FDP wird von allen Seiten umgarnt. Wie wohl ist Ihnen dabei?

Philipp Müller: Das Interesse freut uns. Wir nehmen die Ratschläge zur Kenntnis, selbst wenn sie wie diese Woche von SP-Präsident Christian Levrat kommen. Allerdings haben wir schon eine ganz andere Vorstellung von der Schweiz und ihrer Wirtschaftsordnung als die SP. Levrats Motiv ist durchsichtig: Er hat offensichtlich grosse Angst, dass FDP und SVP zusammen in die Wahlen gehen.

Genau das hat Ihnen SVP-Chef Toni Brunner ja vorgeschlagen. Ist Levrats Sorge also berechtigt?

Nein. Die FDP versteht sich als liberale, bürgerliche und reformorientierte Kraft, die nach den Werten Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt politisiert. Damit sind die Differenzen zur SVP klar, aber auch jene zur selbst-erklärten, diffusen Mitte.

Und was heisst das nun für die Zusammenarbeit bei den Wahlen?

Wir haben immer gesagt, dass jede Kantonalpartei diese Frage für sich zu beantworten hat, gestützt auf rechnerische Überlegungen und lokale politische Gegebenheiten. Doch zunehmend kommen aus der Basis, aber auch aus den Kantonalparteien politische Vorbehalte gegen die SVP. Gut drei Viertel der Zuschriften, die ich erhalte, sind gegen Listenverbindungen mit der SVP.

Was sind die Gründe für diese Ablehnung? Die Masseneinwanderungsinitiative, welche die SVP durchgebracht hat?

Nein. Dieses Resultat lasten wir nicht primär der SVP an. Sie hat bloss die Emotionen abgeholt, die im Volk brodelten. Die Fehler sind vorher passiert, und zwar im Parlament, im Bundesrat und in den Kantonen. Zu

lange wurde beispielsweise versäumt, Sozialhilfe für Stellen-suchende aus der EU zu unterbinden. Und nach wie vor wird die hohe Einwanderung von alljährlich rund 40 000 Menschen aus Drittstaaten toleriert. Das hat nichts mit den auf 3500 limitierten Fachkräften aus fernen Ländern zu tun, die unsere Wirtschaft nachfragt. Die FDP hat jahrelang davor gewarnt, dass diese Politik die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit gefährdet. Am 9. Februar kam dann die Quittung.

Worin gründet der Unmut damit der SVP auf das Völkerrecht. Unternehmer schreiben mir, es sei doch wahnsinnig, wenn ein exportorientierter Kleinstaat, der politisch und wirtschaftlich auf Rechtssicherheit angewiesen ist, ausgerechnet das Völkerrecht infrage stellt. Dazu kommen die Pläne für neue extreme bis absurde Initiativen, etwa die Kündigung der Personenfreizügigkeit zur Durchsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder die Idee, nur noch Asylbewerber aufzunehmen, die auf dem Luftweg ins Land kommen.

Welchen Schluss ziehen Sie daraus?

Unsere Wähler schätzen eine eigenständige und unabhängige Politik der FDP. Und es wird keine flächendeckenden Listenverbindungen mit der SVP geben. Wir haben heute allenfalls zwei bis drei Kantonalparteien, die eine Listenverbindung mit der SVP prüfen.

«Ein bürgerlicher Schulterchluss darf nicht zur Selbstaufgabe führen.»

Die SP wird es Ihnen danken, denn damit behindern Sie einen bürgerlichen Schulterchluss.

Ein bürgerlicher Schulterchluss darf nicht zur Selbstaufgabe führen. Eine Annäherung im bürgerlichen Lager kann nicht so funktionieren, dass sich die FDP der stark nach rechts abgedrifteten SVP annähert – damit gäbe der Freisinn sein historisches Erbe auf. Zudem wären nach wie vor keine Mehrheiten vorhanden. Dazu braucht es mehr als zwei Verbündete und zwischen diesen Kompromissbereitschaft. Solange der Begriff Kompromiss aber als Unwort gilt, wird dieser bürgerliche Schulterchluss nicht spielen, zur Freude der politischen Linken. Das Volk hat zwar schon 2011 ein bürgerliches Parlament gewählt, es bekam dann aber unter Mithilfe von CVP und BDP eine linke Politik mit Umverteilung, Reglementierungswut und konsequentem Staatsausbau serviert. Das kann man nicht der FDP anlasten.

Eine Lösung wurde vorgeschlagen: ein «Liberalismus blocherscher Prägung».

Das ist ein Widerspruch in sich. Auch wenn wir mit der SVP in Finanz- und Wirtschaftsfragen Schnittstellen haben, so ist diese Partei in vielen uns wichtigen Fragen rückwärts orientiert. Der Freisinn dagegen steht für einen offenen Geist und für Bewegung, und nicht für Stillstand oder Rückschritt.

In den SVP-nahen Medien heisst es, die Freisinnigen seien nach links gerutscht und hätten ihre ehemals nationalkonservative Politik verraten.

Falsch. Die NZZ selber hat es aufgezeigt: Die FDP ist ihrem liberalen, geradlinigen Kurs seit vielen Jahren treu geblieben. Die CVP ist nach links gerutscht, die vermeintlich erratische SVP



«Wir stehen für Fortschritt, die SVP für Rückschritt»: FDP-Chef Philipp Müller. (Lenzburg, 8. Januar 2015)

Philipp Müller

Der 62-jährige Generalbauunternehmer aus Reinach (AG) sitzt seit 13 Jahren im Nationalrat, seit April 2012 präsidiert er die FDP Schweiz. Müller ist angetreten mit dem Anspruch, den Wählerückgang der FDP zu stoppen und die Freisinnigen zu einer liberalen Volkspartei zu machen, die wieder zur zweitstärksten Kraft im Land aufsteigt. Er selber geht dabei mit Ausdauer voran und hat seit seinem Amtsantritt bereits weit über 300 Auftritte im ganzen Land absolviert. Müller selber kandidiert bei den Wahlen 2015 im Aargau für einen Sitz im Ständerat. Er ist geschieden und hat drei Töchter. (dli)

weiter nach rechts. Das ist auch logisch. Wer so populistisch politisiert, muss immer mehr an der Schraube drehen, damit seine Sympathisanten noch bei Laune bleiben.

Sehen Sie eine Radikalisierung der SVP?

Ja. Die SVP hat sich in wichtigen Fragen radikalisiert. Das gilt für das Parlament als auch für die immer extremere Volksinitiativen, welche die Partei ankündigt.

Trotzdem buhlen die SVP und ihre publizistischen Speerspitzen derzeit intensiv um die Gunst der FDP. Wie interpretieren Sie diese Annäherungsversuche?

Die SVP und ihre mediale Entourage haben die FDP jahrelang systematisch attackiert. Das ist legitim, aber in unserem System der wechselnden Koalitionen gelinde gesagt unge-schickt. Die jüngsten Schalmeein-klänge können also schnell

wieder in neue Kampfansagen umschlagen. Die FDP ist und bleibt unabhängig.

Ist die Kontroverse nicht auch Ausdruck einer Sinnkrise des alten Rechtsfreisinns, der zwischen der heutigen FDP und Blochers SVP zwischen Stuhl und Bank gefallen ist?

Hören Sie auf damit. Es ist Unsinn, die FDP auseinanderzu-dividieren. Es gibt weder einen dominierenden Linksfreisinn noch einen unter die Räder kommenden Rechts- oder Wirtschafts-freisinn. Im Gegenteil: Die FDP politisiert so geschlos-sen wie schon lange nicht mehr. Zudem kann eine liberale Partei nicht durch erzwungene Geschlossenheit überzeugen, sondern durch Lösungen, die auf Freiheitlichkeit und Selbstbestimmung basieren. Genau das macht die FDP.

Die Debatte entzündet sich vor allem an der Haltung zur EU. Die SVP behauptet, sie vertrete hier als einzige Partei noch eine liberale Position.

Für mich ist das eine quere Sicht der Dinge. Zuerst einmal: Punkto EU-Beitritt haben wir zur SVP keine Differenz - er kommt nicht infrage. Die Auseinandersetzung dreht sich also um den bilateralen Weg. Und da sehe ich nicht, inwiefern die Politik der SVP liberal sein soll.

Wie meinen Sie das?

Herr Blocher ist aus dem Parlament abgeschrieben, begann Schützengräben auszuheben, verteilte Helme und Hellebarden und wartet nun auf einen Gegner, von dem er nicht weiss, ob er je kommt und ob er nicht vielleicht doch eher Partner ist als Feind. Noch weiss niemand, was die Verhandlungen über die Neugestaltung der bilateralen Beziehungen zur EU letztlich ergeben, und doch sieht die

SVP schon nach Kräften dagegen. Das ist nicht liberal, es ist unverständlich.

Blocher sagt, es gehe um Unabhängigkeit und Freiheit. Das sind doch durchaus liberale Werte.

Natürlich. Genauso gehört es aber zum liberalen Gen, sich physisch und geistig in einer Welt zu bewegen, die nicht an der eigenen Landesgrenze aufhört. Stellen Sie sich vor, die Schweiz und die EU müssten ohne vertraglich geregelte Grundsätze miteinander verkehren. Man würde wieder Zölle und Verkehrshindernisse errichten und geistige Demarkationslinien durch Städte und Dörfer ziehen, die längst zusammengewachsen sind. Die bilateralen Verträge sind nicht nur wirtschaftlich enorm wichtig für die Schweiz, sondern auch kulturell und gesellschaftlich.

Die SVP droht derweil bereits mit einer nächsten Initiative zur Abschaffung der Personenfreizügigkeit. Haben Sie Angst davor?

Auf eine solche Initiative würde ich mich sogar freuen. Die SVP würde endlich einmal klar sagen, worum es ihr wirklich geht. Es käme zum offenen Showdown um die Europapolitik. Diesen Kampf für die Bilateralen würden wir auf diese Art gerne führen.

Um die Bilateralen kämpfen Sie mit der Mitte und mit der SP. Und ganz generell hat die FDP am meisten Berührungspunkte mit der CVP und der BDP. Wieso setzen Sie nicht stärker auf eine Mitte-Koalition?

Ich sage ja nicht, dass wir uns nicht vereinzelt mit diesen Parteien zusammenschliessen. Es braucht eine Zusammenarbeit in Sachfragen wie bei der Altersvorsorge, den Bundesfinanzen und der Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Von festen

Koalitionen oder Blöcken halte ich aber nichts. Es sind Wahlen, und da soll jede Partei primär ihr Programm und ihre Vorstellung der Schweiz auf den Tisch legen, damit sich der Bürger entscheiden kann. Wir hätten darum die Listenverbindungen am liebsten abgeschafft, denn sie verflä-schigen bloss den Wählerwillen.

Wie hoch wird Ihr Wähleranteil im Herbst 2015 sein?

Höher als jener der SP.

Wie hoch?

Das werden wir sehen. Analysen zeigen jedenfalls, dass wir die SP mit ihren 18,7 Prozent Wähleranteil überholen können, wenn es uns gelingt, unser ganzes Wählerpotenzial zu mobilisieren. Das war in der Vergangenheit etwas unsere Schwäche, doch wir haben die Lehren gezogen. Unsere Aushängeschilder gehen wieder näher zu den Leuten, und dies mit Erfolg.

Werden Sie potenzielle Wähler ebenfalls mit Telefonanrufen beglücken?

Auf nationaler Ebene nein, auf kommunaler Ebene wird es das auch geben. Persönliche Kontakte sind wichtig, aber enorm aufwendig. Die FDP hat punkto persönlichen Engagements etwas mehr Mühe, wobei es dafür eine logische Erklärung gibt: Wir müssen den Tag durch arbeiten.

Nach der Nationalratswahl ist bekanntlich vor der Bundesratswahl. Wie verteidigen Sie die zwei FDP-Sitze?

Ich möchte mich zu derlei Spekulationen bis nach den Wahlen nicht äussern, auch wenn andere Parteipräsidenten derzeit alle zwei Wochen die Bundesratssitze neu verteilen. Wir wollen die Wahlen gewinnen, danach reden wir über den Bundesrat.

«Analysen zeigen, dass wir die SP mit ihren 18,7 Prozent überholen können.»

Heisst das, dass Sie sich eine neue Formel vorstellen können?

Wir sind und bleiben der Meinung, dass die drei grössten Parteien im Bundesrat doppelt vertreten sein sollten und die vier-grösste einfach. Überparteiliche Blöcke, Lager oder Koalitionen gibt es im schweizerischen System im Parlament ja teilweise im Minutentakt. Zudem haben wir im Fall von Eveline Widmer-Schlumpf gesehen, wohin es führt, wenn eine Bundesrätin keine Hausmacht im Parlament hat: Sie stürzt mit ihren Vorlagen zu oft ab und macht zu viele Konzessionen nach links. Darum ist es wichtig, dass im Bundesrat die politischen Verhältnisse korrekt abgebildet sind.

Also sollte Widmer-Schlumpf freiwillig abdanken?

Das muss letztlich sie entscheiden. Ich nehme aber nicht an, dass die BDP plötzlich derart zulegt, dass sich ihr Sitz rechtfertigen lässt.

Wenn Sie im Wahlkampf die SVP rechts liegen lassen, könnte bei den Bundesratswahlen die Retourkutsche kommen: der Angriff der SVP auf Johann Schneider-Ammann.

Solche Druckmittel fördern eine erspriessliche Zusammenarbeit nicht. Zudem hat die SVP dies ja entgegen der Abmachung mit uns schon 2011 versucht, erfolglos. Die Linke müsste sich gut überlegen, wieso sie bei dem Angriff mitmachen sollte.

Interview: Daniel Friedli, Pascal Hollenstein